

**AUS NATUR UND GEISTESWELT
SAMMLUND WISSENSCHAFTLICH
GEMEINVERSTÄNDLICHER
DARSTELLUNGEN; 243. BÄNDCHEN;
ÖSTERREICHS INNERE GESCHICHTE VON
1848 BIS 1907**

Published @ 2017 Trieste Publishing Pty Ltd

ISBN 9780649160419

Aus Natur und Geisteswelt Sammlund Wissenschaftlich gemeinverständlicher Darstellungen;
243. Bändchen; Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907 by Richard Charmatz

Except for use in any review, the reproduction or utilisation of this work in whole or in part in any form by any electronic, mechanical or other means, now known or hereafter invented, including xerography, photocopying and recording, or in any information storage or retrieval system, is forbidden without the permission of the publisher, Trieste Publishing Pty Ltd, PO Box 1576 Collingwood, Victoria 3066 Australia.

All rights reserved.

Edited by Trieste Publishing Pty Ltd.
Cover @ 2017

This book is sold subject to the condition that it shall not, by way of trade or otherwise, be lent, re-sold, hired out, or otherwise circulated without the publisher's prior consent in any form or binding or cover other than that in which it is published and without a similar condition including this condition being imposed on the subsequent purchaser.

www.triestepublishing.com

RICHARD CHARMATZ

**AUS NATUR UND GEISTESWELT
SAMMLUND WISSENSCHAFTLICH
GEMEINVERSTÄNDLICHER
DARSTELLUNGEN; 243. BÄNDCHEN;
ÖSTERREICHS INNERE
GESCHICHTE VON 1848 BIS 1907**

Aus Natur und Geisteswelt

Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen

243. Bändchen

Österreichs innere Geschichte
von 1848 bis 1907

II. Der Kampf der Nationen

Von

Richard Tharmatz

Zweite Auflage



Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig 1912



Presented to the
LIBRARY *of the*
UNIVERSITY OF TORONTO

by

H. GORDON SKILLING



Copyright 1912 by B. G. Teubner in Leipzig.

Alle Rechte, einschließlich des Überfegungsrechts, vorbehalten.

I. Einleitung.

Die Geschichte Oesterreichs verlief von der Februarverfassung bis zum Sturze des zweiten Ministeriums Auersperg wohl nicht in einer geraden Linie, aber die Abweichungen waren nur vorübergehender Natur, so daß man die Hauptrichtung deutlich erkennen kann. Das deutsche Großbürgertum und der verfassungstreue Adel hatten sich zu gemeinsamen Wirken zusammengefunden und den Staat mit wechselndem Glücke regiert. Durch die Abstinenzpolitik der Tschechen fiel ihnen die Mehrheit im Abgeordnetenhaufe anheim, und das Herrenhaus, das manchen großen Tag erlebte, stimmte der eingeschlagenen Richtung freudig zu. Der Kreis der Wählermassen hatte einen geringen Umfang; eng und einsichtslos gestaltete sich auch die Politik, die, mit schönen Ansätzen beginnend, schließlich zu zwar begreifbaren, doch deshalb nicht verzeihlichen Oppositionsgewohnheiten führte.

Oesterreichs volkswirtschaftliche Entwicklung war in den Jahren des Kampfes um die Verfassung mächtig fortgeschritten. Das Eisenbahnnetz, das im Jahre 1863 eine Ausdehnung von 3516 km aufwies, langte 1880 bereits bei 11 406 km an. Wie der Verkehr, so hatte sich auch die Industrie aufgeschwungen, obwohl dem „Pracy“ Zeiten der Beklemmung folgten. Im Jahre 1863 gab es in der Fabrikation 2325 Dampfmaschinen mit 36 000 Pferdestärken; 1875 standen schon 6672 Maschinen mit Dampftrieb in Verwendung, die 120 000 Pferdekkräfte erzeugten. Mit den Fabriken wuchs die Zahl der Arbeiterschaft; das industrielle Proletariat begann ein wichtiger Faktor zu werden. Doch der Übergang von der Herrschaft der Großbourgeoisie zur Massenpolitik vollzog sich nicht mit einem Male, denn zwischen den mächtigen Besitzenden und den entrechteten Besitzlosen gab es eine Mittelschicht, die sich ihrer Stärke bewußt ward und gierig nach Macht verlangte. Der Siegeszug der Industrie hatte den Gewerbestand aufgeschreckt und zu einem planmäßigen agitatorischen Auftreten veranlaßt. Wer Lärm macht, wird gehört und erhört. Für den gewerblichen Mittelstand wurde es in

Osterreich verhältnismäßig leicht, durch zwei Jahrzehnte zu dominieren, weil die Feudalen ihm in den Tagen der Eroberung ihren wirklichen Schutz angedeihen ließen, was freilich nicht bloß aus edler Menschenliebe geschah. Den reaktionären Herren in den stolzen Schlössern hatte die Regierung unter die Arme gegriffen und zu Mandaten verholfen. Aber nicht nur die Feudalen, auch die Klerikalen rückten in immer stärkeren Kolonnen in die Vertretungskörper ein, denn die Landbewohnerschaft schloß sich ihnen enger als früher an. So entstand jene sonderbare Dreieinigkeit der selbstbewußtesten Aristokratie, des durch wirtschaftliche Schläge bedrückten Mittelstandes und der Kirche, die der Ara Taaffe viele Jahre das Gepräge gab.

Nicht weniger schwerwiegend war die Veränderung, die in der nationalen Machtverteilung Platz griff. Die drei Faktoren, die in den Zeiten des Privilegienparlamentarismus vorhanden sein mußten, wenn eine Nation zur Herrschaft gelangen sollte, hießen: Adel, Großbürgertum und Mittelstand. Diese Gruppen fanden sich nun nicht allein bei den Deutschen, sondern ebenso bei anderen Völkern. Die Tschechen hatten eine Aristokratie, die zum Teile auf eine glanzvolle Vergangenheit zurückblickte und durch viele gesellschaftliche Fäden mit dem Hofe in Verbindung stand. Durch die Entfaltung der Städte wurde das städtische Bürgertum in seiner politischen Kraft gestärkt, und die tiefgehende nationale Bewegung sorgte dafür, daß diese Entwicklung der aufstrebenden Nation zugute kam. Das Fernbleiben der Tschechen vom Parlamente war im Sinne Talleyrands mehr als ein Verbrechen, ein Fehler gewesen, und als diese nun daran gingen, die alte Unterlassungshände gut zu machen, kam man ihnen von seiten der Krone mit offenen Armen entgegen. Den Polen, die durch eifrige Polonisierungsbarbeit gleichfalls dafür gesorgt hatten, daß ihnen ein politisch reger Mittelstand zuwuchs, waren schon zur Zeit des deutsch-liberalen Regimes im Besitze großen Einflusses, weil sie für ihre den Regierungen erwiesenen Gefälligkeiten fürstlich entlohnt wurden. In den folgenden Jahren ward ihnen allerdings mehr als die Rolle des Mitsäufers zuteil; sie selbst konnten sich als Herren ausleben.

Für die Deutschen brachen schmerzvolle Jahre an. Wohl gab es in der Regierung auch fürderhin deutsche Männer, aber es kamen bald nur national indifferenteste Elemente in Betracht: die Klerikalen, denen die glänzende politische Position der Kirche wertvoller war als die Machtstellung ihres Volkes. Im zweiten Viertel der acht-

ziger Jahre hatte sich die bedeutungsvolle Achsenverschiebung in der inneren Politik Oesterreichs schon vollständig vollzogen, obgleich man es einige Monate nicht über sich bringen konnte, die Umgestaltung des Bildes radikal vorzunehmen. Die Spuren des deutsch-liberalen Regimes wurden verwischt und das Schifflein des Grafen Taaffe fuhr mit vollem Dampf unbekanntem Uferu zu. Überblicken wir jetzt sein Auslaufen und seine Reise!

II. Der Übergang.

Langs ließ die Krone auf ihre Entscheidung über das Demissionsgesuch warten, das Fürst Adolf Auersperg am 5. Juli 1878 im Namen der österreichischen Regierung überreicht hatte. Anfangs Oktober richtete der Regierungschef an den Kaiser die Frage, ob er das Budget für das Jahr 1879 vorbereiten sollte, ohne jedoch eine bestimmte Antwort zu erhalten. Gleich nachher war der Monarch unerwartet auf seinem Gute in Gödöllö eingetroffen, aber schon vorher hatte er das Entlassungsgesuch der Regierung genehmigend unterfertigt und ihr den Auftrag erteilt, daß sie die Geschäfte bis zur Ernennung eines neuen Ministeriums fortführen möge. Nach seiner Rückkehr empfing der Kaiser die Abgeordneten Herbst, Rechbauer, Sneyß und andere in Audienz, um ihre Meinung über die Umgestaltung des Kabinetts einzuholen. Vornehmlich dem Räte des Dr. Herbst folgend, betraute der Monarch den bisherigen Finanzminister de Pretis mit der schwierigen Mission, für das müde Ministerium Ersatz zu schaffen. Am 23. Oktober berief Pretis die Abgeordneten der Verfassungspartei und einige Duzend Mitglieder des Herrenhauses zu einer Besprechung, um mit ihnen Fühlung zu nehmen und um ihnen sein Programm zu entwickeln. Die Annexion Bosniens und der Herzegowina, die gefürchtet wurde, sollte ausgeschlossen bleiben, während die möglichste Beschränkung der durch die Okkupation erwachsenen Kosten versprochen ward. Aber selbst die Befegung der durch den Berliner Vertrag zugewiesenen Gebiete hätte aufzuhören, sobald die Garantien für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung gegeben und die materiellen Erfordernisse der Okkupation gedeckt wären. Ferner verlangte der Vertrauensmann der Krone die glatte Annahme des Budgets und die Bewilligung der provisorischen Fortdauer des Wehrgesetzes für ein Jahr. Kurze Zeit hierauf gaben die verschiedenen Klubs ihre Meinung über den Versuch des Ministers Pretis bekannt. Der Abgeordnete Kopp lehnte

die Unterstützung im Auftrage der Fortschrittspartei rundweg ab. Auch der neue Fortschrittsklub verhielt sich trotz seines „vollen Vertrauens zu Pretis“ ablehnend. Nicht weniger schroff zeigte sich das linke Zentrum. Herbst hatte für seine Person schon bei der vorbereitenden Konferenz erklärt, daß er die Bildung des Kabinetts durch Pretis im Prinzipie unterstütze; sollte sich dieser jedoch mit der Politik des Grafen Andrássy identifizieren, dann würde er einem Ministerium Pretis seine Hilfe nicht angedeihen lassen. Das bedeutete nun nichts anderes als eine Ablehnung, denn der künftige österreichische Ministerpräsident konnte unmöglich als Vertrauensmann des Kaisers den Minister des Außern im Stiche lassen, der im Einverständnis mit der Krone vorgegangen war. Übrigens hatte der Kaiser kurz vorher in Budapest in einem Gespräche gesagt: „Sie reden immer von der Politik Andrássy, vergessen Sie nicht, das ist meine Politik.“ Doch die Verfassungspartei wollte in ihrer Mehrheit keine Konzessionen machen. Sie blieb starr, trotzdem es besser gewesen wäre, wenn sie sich schmiegsam gezeigt hätte. Die unangenehmen Erfahrungen verstümmten Pretis begreiflicherweise, und erstaunt fragte er die liberalen Politiker, ob sie kein Gewicht darauf legen, abermals ein verfassungstreues Ministerium zu erhalten. Das wohl, war die Antwort, allein, wenn es sich darum handle, Österreich zugrunde zu richten, müsse man anderen den Vortritt lassen. So blieb de Pretis keine Wahl; er mußte sein Mandat in die Hände des Kaisers zurücklegen.¹⁾

Der Reichsrat war mittlerweile am 22. Oktober 1878 zusammengetreten. Am Anfange des neuen Jahres fanden große Debatten statt, bei denen es an hitzigen Zusammenstößen nicht fehlte. Die Beratungen waren dem Berliner Vertrag gewidmet, und die Aufregung erwies sich als höchst unangebracht, weil man ja vor einem fait accompli stand. Allerdings wurde auch viel graue Theorie getrieben, denn der verfassungsmäßige Anspruch des Parlaments auf die Unterbreitung der Staatsverträge erfuhr auf den verschiedenen Seiten eine verschiedene Auslegung. Als Berichterstatter der Majorität des Ausschusses fungierte Professor Sueß, die Minderheit vertrat Dr. Herbst. Außerdem ergriffen fünfundzwanzig Redner das Wort, wobei die zwei Minister, die sich an der Debatte beteiligten, nicht mitgerechnet sind. Der liberale Abgeordnete Auspiz ließ sich von seiner Leidenschaft so weit fortreißen, daß er

1) Walter Rogge. Österreich seit der Katastrophe Hohenwart-Beust. II. Band.

dem im Saale nicht anwesenden Herbst jurief, er hätte kein Recht, den Berliner Vertrag zu bekämpfen und auf die schlechte Finanzlage des Staates hinzuweisen, denn niemand habe in den letzten fünf Jahren Oesterreichs Finanzen mehr geschädigt als Herbst mit seinen Reden und Anträgen zur Eisenbahnsanierung. Dieser persönliche Angriff war in der Zeit der guten Parlamentsitten — man könnte sagen: des politischen Stilgefühles — etwas Unerhörtes; die Gemüter vermochten sich lange nicht zu beruhigen. Am 18. Januar hielt der Sprechminister Dr. Unger eine großangelegte Rede, in der er alle Künste des gewandten Rhetorikers spielen ließ. Die unentwegten Gegner der Orientpolitik und ihrer Folgen machte er sich nicht zu Freunden, als er die Auffassung aussprach, daß der Berliner Vertrag der Zustimmung des Reichsrates nicht bedürfte und dagegen protestierte, daß man eine Frage der richtigen Auslegung der Verfassung mit der Verfassungstreue kombiniere und dadurch ein Privileg für die Verfassungsinterpretation zu schaffen suche. Am 27. Januar 1879 kam es endlich zur Abstimmung, die für die Regierung, die sich freilich „nach der Erlösung von den Ministerantworten“ sehnte, eine leichte Niederlage brachte. Dunajewskis Anregung, den Vertrag einfach zur Kenntnis zu nehmen, wurde verworfen, obwohl dieser Antrag der Ansicht der Regierung entsprach. Doch auch Herbsts Wunsch, an die Genehmigung einen Tadel der Orientpolitik zu knüpfen, fand keine Erfüllung. 151 gegen 112 Abgeordnete erklärten sich für die bedingungslose Genehmigung der Berliner Abmachungen.

Eine nicht geringe Belastungsprobe für das Parlament bildete — neben den Geldforderungen der Regierung, die durch die Okkupationsauslagen bedingt wurden — die Verlängerung des Wehrgesetzes, die notwendig geworden war. Im Jahre 1877 hatte die Verfassungspartei die Verminderung des Kriegszustandes von 800 000 auf 600 000 Mann und die Festlegung eines Friedenspräsenzstandes gefordert. Im Dezember 1877 überreichte die Regierung dem Parlamente eine Vorlage, durch die das Militär für weitere zehn Jahre auf der bisherigen Höhe erhalten bleiben sollte. Diese Forderung wurde jedoch abgelehnt; der Landesverteidigungsminister Horst sah sich nun gezwungen, den Gesetzentwurf am 5. November 1878 zurückzuziehen und sich mit der Bitte um die Bewilligung des Kriegszustandes von 800 000 Mann für ein weiteres Jahr und um die Erlaubnis zur Aushebung von 55 000 Rekruten für das stehende Heer zufrieden zu geben. Dr. Sturm wollte die